

Die Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte: Thesen des Wissenschaftlichen Beirates des DSSW (mit Anlage)

Grimm, Frank-Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Grimm, F.-D. (1996). Die Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte: Thesen des Wissenschaftlichen Beirates des DSSW (mit Anlage). *Europa Regional*, 4.1996(4), 45-48. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48426-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte

Thesen des Wissenschaftlichen Beirates des DSSW (mit Anlage)

Einführung

Das Deutsche Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) wurde 1993 als Initiative der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft mit der Aufgabe gegründet, die Revitalisierung der Innenstädte in den neuen Bundesländern zu unterstützen.

Die praktische Arbeit, die das DSSW in den Städten vor Ort leistet, wird auf wissenschaftlicher Ebene durch einen Wissenschaftlichen Beirat begleitet. Der Beirat ist besetzt mit Vertretern wissenschaftlicher Institute aus den alten und neuen Bundesländern, die sich mit den Themenbereichen Städtebau und Wirtschaft auseinandersetzen. In etwa halbjährlichem Turnus treffen die Mitglieder unter Leitung des Präsidenten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung a.D., Dr. Hans-Jürgen von der Heide, zusammen, um die praktischen Erfahrungen des DSSW zu verarbeiten und Empfehlungen für das weitere Vorgehen zu diskutieren. Mit den Thesen zur Revitalisierung der ostdeutschen Innenstädte legt der Wissenschaftliche Beirat des DSSW eine Zwischenbilanz der bisherigen Erfahrungen aus seiner Sicht vor.

Thesen

Die Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte ist eine Aufgabe von außerordentlicher Komplexität. Sie berührt alle Lebensbereiche menschlichen Daseins, sie berührt die Hauptlebensbereiche des Menschen: Wohnen, arbeiten, verkehren, sich bilden, sich erholen. Soll sie Erfolg haben, müssen alle zusammenwirken: die Städte, das Land, der Bund, die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Kräfte. Angesprochen sind im politischen Bereich vor allem die Wirtschaftspolitik, die Regionalpolitik, die Raumordnung, der Städtebau, die Verkehrspolitik, die Wohnungspolitik, die Rechtspolitik (zur Klärung noch offener Vermögensfragen), die öffentliche Ordnung und Sicherheit, aber auch die Umweltpolitik.

Die Revitalisierung in ostdeutschen Innenstädten unterscheidet sich von der in westdeutschen dramatisch. Der Handel

und neue Dienstleistungen haben sich nach der Wende nicht in den Innenstädten, wo sie hingehören, angesiedelt, sondern außerhalb, z.T. auf der "Grünen Wiese". Der Verfall hat einen Grad erreicht, den es in dieser Größenordnung in den alten Ländern nie gegeben hat. Die Infrastruktur ist zerschissen und ersatzbedürftig. Hier sind integrierte Programme erforderlich, wenn die ostdeutschen Innenstädte wieder die ihnen zukommenden Funktionen erfüllen sollen.

Um die Standortbedingungen für Investitionen der Dienstleistungsbranchen in innerstädtischen Bereichen zu verbessern, bedarf es eines ganzen Bündels von Maßnahmen. Zunächst gilt es die Investitionshemmnisse abzubauen. Dazu bedarf es der Aktivität der Städte und der Geschäftsleute vor Ort. Allerdings kann die Herausbildung eines leistungs- und wettbewerbsfähigen Handelsnetzes und Dienstleistungsangebots nur das Ergebnis eines Marktprozesses sein. Aufgrund der Konsumentenouveränität sind dabei die Präferenzen der Verbraucher maßgeblich.

Besondere Bedeutung kommt dabei der innenstädtischen Verkehrspolitik, d.h. die Verbesserung der Erreichbarkeit zu. In Städten mit einem bedeutenden Bestand an historischer Bausubstanz ist der Denkmalschutz zur Erhaltung der Stadtstruktur und schützenswerter Gebäude von ebenso großer Wichtigkeit.

Wie sehr sich die Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden, bitten wir der Anlage zu entnehmen.

1. Das durch die Verfassung gebotene **Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse** ist für die neuen Bundesländer noch nicht erreicht. Eine wesentliche Voraussetzung für eine Erhöhung der Lebensqualität ist neben der wirtschaftlichen Sicherung die Stärkung der Orts- und Heimatverbundenheit. Sie ist, wie viele Erfahrungen zeigen, eng mit der spezifischen Prägung, der Unverwechselbarkeit und der Vitalität der städtischen – auch der kleinstädtischen – Zentren verknüpft. Sie kann sich aber nur auf

einer soliden wirtschaftlichen Basis festigen. Die ostdeutschen Innenstädte werden ihre Anziehungskraft und Lebendigkeit nur wieder gewinnen können, wenn es gelingt, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen und damit den Menschen eine Perspektive zu geben.

2. Um die **Vitalität der Stadtzentren** ist es in den neuen Bundesländern in vielen Fällen schlecht bestellt. Ihr ökonomisches Hauptproblem liegt in der Schwäche ihres Einzelhandels, der sich nicht so schnell von der sozialistischen Versorgungsgesellschaft auf die Ansprüche der marktwirtschaftlichen Konsumgesellschaft umzustellen vermochte, daß er dem massiven Kaufkraftabfluß zu den ab 1990 auf der "Grünen Wiese" entstandenen Einkaufszentren hätte entgegenwirken können. Das spiegelt sich auch in den Verkaufsflächenanteilen: von der Verkaufsfläche je Einwohner in den alten Bundesländern befinden sich 25 % in solchen Einkaufszentren, in den neuen Bundesländern dagegen über 60 %. Der Handel in den neuen Ländern ist in seiner Entwicklung schnell vorangekommen, aber die Entwicklung der Wendezeit hat ihn an raumordnerisch und entwicklungspolitisch falsche Standorte gedrängt. Mit der Währungs- und Wirtschaftsunion wollten die Bürger der DDR schnell an dem umfassenden Warenangebot des Westens teilhaben, und die Unternehmen des Westens wollten sich ihre Marktanteile an dem neuen Markt von 16 Mio. Menschen sichern. Dafür boten die Ladenflächen in den Innenstädten keinen Raum. Das gleiche gilt für alle innenstadttypischen Dienstleistungsbereiche. Von den Verbrauchern werden diese Zentren auf der "Grünen Wiese" angenommen.
3. Daraus folgt das dringende Gebot einer **wirtschaftlichen Förderung der Stadtkerne** in den neuen Bundesländern. Sie muß breit angelegt

sein und auch diejenigen Elemente einbeziehen, die den Vorzug des innerstädtischen Einkaufsbereichs gegenüber den Zentren am Stadtrand oder im Umland ausmachen: die Verknüpfung mit dem durch die Zeugnisse der Stadtkultur geprägten öffentlichen Raum, mit städtischer Wohnnutzung und mit öffentlichen Einrichtungen. Dabei galt es, die spezifischen Qualitäten der Siedlungsstruktur in den neuen Bundesländern zu erkennen, der Politik sowie der Öffentlichkeit bewußt zu machen und zu sichern. Zu ihnen gehören der Reichtum an historischer Bausubstanz und das (noch) geringe Maß an Suburbanisierung.

4. Wenn das **innerstädtische Wohnen** zur Zeit auch kaum durch die in den alten Bundesländern bekannten Verdrängungsprozesse bedroht ist, so doch durch Entleerungsvorgänge zugunsten vorstädtischer Entwicklungen. Dieser Gefahr muß durch eine gezielte Aufwertung der innerstädtischen Wohnsituation, durch Wohnumfeldverbesserung und durch die Anpassung der Wohnungen an eine veränderte Nachfrage begegnet werden. Die dafür geschaffenen Fördermöglichkeiten müssen fortgesetzt werden. Das gilt sowohl für die Altbausubstanz wie auch für industriell gefertigte Bauten (Plattenbauweise).
5. Für den Standortwettbewerb ist es wichtig, daß das **Flächenpotential der Innenstädte** auch tatsächlich aktiviert werden kann. Hindernisse stellen einerseits noch ungeklärte Eigentumsfragen dar. Der Verfall von Gebäuden geht in der Regel weiter, solange unklar ist, wem sie endgültig gehören werden. Andererseits gibt es Fälle, in denen den Eigentümern zurückerstatteter Gebäude die Möglichkeit - oder die Bereitschaft - fehlt, die notwendige Sanierung oder Modernisierung in Angriff zu nehmen. Hier müssen dringend Anreize geschaffen werden, um dem Verfall zu begegnen und damit die städtebauliche Ordnung und Anziehungskraft des Stadtkerns zu fördern.
6. In den Innenstädten kommt **mittelständischen Betrieben aller Art** große Bedeutung zu. Sie sichern die Lebendigkeit der Innenstadt und geben ihr Farbe. Sie garantieren die Vielfalt des Angebots gegenüber des-

sen zunehmender Ubiquität in Kaufhäusern und Supermärkten. Die allgemein - auch im Westen - zu beobachtende Tendenz der Investoren zu größerem Grundstückszuschnitt kann zu Lasten städtischer Vielfalt gehen und zur unerwünschten "Privatisierung des öffentlichen Raumes" beitragen. Hier ist kritische Aufmerksamkeit geboten. Auch Dienstleistungen wie Anwaltskanzleien, Steuerberatungsbüros, Arztpraxen sollten ihren Standort in der Innenstadt haben. Bei der im Vergleich mit Westdeutschland dünnen Kapitaldecke in den neuen Ländern müssen die Förderhilfen auf die dortigen Rahmenbedingungen ausgerichtet sein. Der Förderung von Investitionen in Innenstädten sollte Vorrang eingeräumt werden. Mit der 10 %igen Investitionszulage für den mittelständischen Handel im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1996 und der zusätzlichen Bedingung des "innerstädtischen Standorts" ist ein Hebel für die Investitionsförderung für diesen Wirtschaftszweig geschaffen worden. Darüber hinaus tragen die Mittelstandsförderprogramme des Bundes und der Länder wesentlich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen an innerstädtischen Standorten bei.

7. Aus dem Vorangegangenen wird deutlich, daß die **städtebauliche Erneuerung** eine Schlüsselrolle für die Steigerung der Attraktivität in den Innenstädten der neuen Bundesländer spielt. Ohne umfangreiche finanzielle staatliche Förderung werden hier allerdings durchgreifende Verbesserungen nicht möglich sein. Aus westdeutschen Erfahrungen wissen wir, daß die Aufwertung westdeutscher Innenstädte nur im Zusammengehen von privaten Investoren und dem Einsatz umfangreicher öffentlicher Fördermittel erreicht werden konnte. In diesem Zusammenhang gehört, vor allem in historischen Altstädten, auch der Denkmalschutz. Die Städtebauprogramme des Bundes haben wesentliche Hilfe zur Sanierung und Erneuerung ostdeutscher Innenstädte geleistet. Das gilt sowohl für das Modellstadtprogramm als auch für das Denkmalschutzprogramm. Ohne diese Hilfen hatte der Erneuerungsprozeß nicht so schnell vorankom-

men können. Es war notwendig und richtig, daß die große Masse der Städtebaufördermittel in die neuen Länder geflossen ist. Dies wird auch in den nächsten Jahren noch notwendig sein. Es ist zu begrüßen, daß sich auch die Europäische Kommission mit den URBAN-Programm an der Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte beteiligt.

8. Von wesentlicher Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufstieg in den neuen Ländern sind die **regionalwirtschaftlichen Hilfen**, insbesondere die der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Welche bedeutsamen Wirkungen sich aus solchen Hilfen ergeben können, belegt aus den westdeutschen Erfahrungen die frühere Zonenrandhilfe, also die Hilfe für den 40 km breiten Gebietsstreifen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Für eine Einwohnerzahl, die deutlich über der Hälfte der jetzigen Einwohnerzahl der neuen Länder liegt, war es möglich, aus ebenfalls äußerst ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Lebensqualität zu erreichen, die der im übrigen Bundesgebiet entsprach. Was dort möglich war, sollte auch in den neuen Ländern erreichbar sein, auch wenn dort die Ausgangsvoraussetzungen noch schlechter waren, als damals im Zonenrandgebiet.

Es ist zu hoffen, daß die Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" langfristig konsequent fortgesetzt werden kann. Sie hat schon bisher Hilfe im Rahmen der Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte leisten können. Die mit dem 24. Rahmenplan in Kraft getretene Neuregelung dieser Gemeinschaftsaufgabe mit der Flexibilisierung der Förderung wirtschaftsnaher kommunaler Infrastrukturprojekte und der Unterstützung regionaler Entwicklungskonzepte wird sich positiv auf die Investitionstätigkeit in ostdeutschen Städten auswirken.

9. Die **Förderpolitik** sollte verstärkt **flexibel und regionsspezifisch** differenziert ausgerichtet werden. Das Anstoßen des Revitalisierungsprozesses ist eine verwaltungsuntypische Querschnittsaufgabe, die Eigeninitiative mit Verwaltungskennntnissen,

Überzeugungskraft und Offenheit für Bürgerwünsche, die Fähigkeit zur Akquisition öffentlicher und privater Mittel sowie die Koordinierung und fallweise Feinsteuerung verlangt. Die Kommunalverwaltung, die in der Regel auf Antrag oder Anweisung tätig wird, ist dabei oft überfordert. Hier müssen neue Wege gesucht werden, etwa in Organisationsformen, wie sie für das Stadtmarketing oder das Regionalmarketing entwickelt worden sind. Sie beugen der Gefahr einer Zersplitterung der Kompetenzen vor, die letztlich die Innenstadtentwicklung lähmt. Zugleich muß künftig die interkommunale Kooperation eine zentrale Rolle bei der Schaffung einer ausgeglichenen Struktur in den regionalen Teilräumen Ostdeutschlands spielen. Nur so kann der langfristig bestehende Handlungsbedarf in der zukünftigen Siedlungsentwicklung raumverträglich umgesetzt werden. Hier kommt der Regionalplanung eine wichtige Aufgabe bei der Entwicklung gemeinsamer Zielkonzepte zu. Ausbau und Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit sind in Ostdeutschland um so wichtiger, als die Gemeindegebiete in den neuen Ländern noch überwiegend deutlich kleiner zugeschnitten sind als im Westen. Aus überörtlicher Sicht sinnvolle Lösungen, insbesondere der anzustrebende Ausgleich zwischen den Innenstädten, dem Stadtrand und der "Grünen Wiese", werden deshalb in den meisten Fällen nur grenzüberschreitend zu finden sein.

10. Entgegen dem Trend zur Angleichung rechtlicher und administrativer Regelungen wird eine **gesonderte Förderung Ostdeutschlands bei der Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte noch auf lange Sicht notwendig** bleiben. Die Ausgangsbedingungen für die Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte unterscheiden sich grundlegend von denen in den alten Ländern. Die Entwicklung funktionsfähiger, leistungsstarker, farbiger und abwechslungsreicher Zentren der Städte wird noch lange, vielleicht Jahrzehnte, dauern. Um so größer ist die Notwendigkeit, eine angepaßte Förderpolitik für die ostdeutschen Bundesländer mit langem Atem zu verfolgen. Eine langfristige Perspektive in der Förderpolitik

ist unerlässlich, wenn die bestehenden Probleme und Ungleichheiten nicht auf unabsehbare Zeit zementiert werden sollen. Zu helfen, diese Perspektive zu finden, ist eine wichtige Aufgabe auch des DSSW. Es soll und kann die allgemeine Plattformfunktion, die der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung seit Jahrzehnten ausübt, auf diesem schmalen Teilbereich der Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte vertiefen und die unterschiedlichen Kräfte in Politik, Verwaltung aller Ebenen, Wirtschaft, Arbeitnehmer, Kreditwesen, Kultur und Gesellschaft zur Vereinheitlichung einer solchen Perspektive zusammenführen.

Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft im Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.,
Ellerstraße 58,
53119 Bonn.

Anlage: Zur Spezifik der Städte und Siedlungsstrukturen des östlichen Deutschland

FRANK-DIETER GRIMM

Die erforderliche Revitalisierung der Städte und Siedlungen des östlichen Deutschland wird um so erfolgreicher sein, je besser die bestehenden Strukturen bekannt sind und verstanden werden, vor allem in ihrer Spezifik im Vergleich zu denen in den alten Bundesländern.

1. Bis zum Jahre 1945 bildeten das damalige Mitteldeutschland und mittlere Norddeutschland keine irgendwie geartete Einheit, die es signifikant gegenüber den angrenzenden Gebieten Deutschlands unterschieden hätte. In der Regel war die innere Heterogenität dieses 1945 zufällig zu einem neuen Ganzen zusammengesetzten Raumes größer als die Unterschiedlichkeit zu den jeweils angrenzenden Räumen, ihren Städten und Siedlungsstrukturen. Beispielsweise waren die Ähnlichkeiten zwischen Thüringen und Franken größer als zwischen Thüringen und Brandenburg, zwischen Sachsen und Schlesien größer als zwischen Sachsen und Mecklenburg.

2. Wenn es dennoch heute eine Spezifik der Städte und Siedlungsstrukturen des östlichen Deutschland (ehemalige SBZ und DDR, heutige "neue" Bundesländer) gibt, so kann diese Spezifik ausschließlich in der getrennten Entwicklung der beiden Teile Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg begründet sein. Dabei kann es sich einerseits um spezifische Entwicklungen handeln, die nur im östlichen Deutschland erfolgt sind. Andererseits kann die heutige Spezifik auch durch spezifische Entwicklungen des westlichen Deutschland ("alte" Bundesländer) hervorgerufen sein, die im östlichen Deutschland nicht stattgefunden haben.
3. In diesem Rahmen waren bzw. sind für die Entwicklung der Städte und Siedlungsstrukturen des östlichen Deutschland vor allem die folgenden Entwicklungsprozesse bedeutsam:
 - die seit mehr als fünf Jahrzehnten insgesamt relativ gleichbleibende Bevölkerungszahl der Städte des östlichen Deutschland gegenüber einem beträchtlichen Anwachsen der Bevölkerungszahlen insgesamt sowie insbesondere der Städte des westlichen Deutschland,
 - die geringere Wirtschaftskraft sowohl insgesamt als auch pro Kopf der Bevölkerung im östlichen Deutschland, die ihren Niederschlag in entsprechend geringeren und langsameren Investitionen für den Städtebau und den städtischen Verkehr gefunden haben,
 - die kaum eingeschränkte Verfügungsgewalt des Staates über die Nutzung der städtischen Flächen im östlichen Deutschland, die vor allem beim Wiederaufbau der stark kriegszerstörten Städte sowie bei den (wenigen) Neubaustädten zu völlig andersartigen Stadtstrukturen als im früheren Deutschland und im heutigen westlichen Deutschland geführt haben: als Beispiele seien einerseits Schwedt und Eisenhüttenstadt genannt,
 - die einseitige Bevorzugung des Neubaus gegenüber der bestehenden Bausubstanz im östlichen Deutschland, die ihren konzentriertesten Ausdruck in dem auf Großstandorte ausgerichteten Wohnungsbauprogramm der DDR ge-

funden hatte und zur Entstehung von "Wohnstädten" wie Berlin-Marzahn, Leipzig-Grünau und Halle-Neustadt bei gleichzeitigem Verschleiß und Verfall der bestehenden Bausubstanz der Städte geführt haben.

- die Konzentration des Wohnungsbaus der DDR auf die Städte – und in ihnen auf Großstandorte – bei gleichzeitiger Unterbindung der Ansätze für individuellen Wohnungsbau sowie generell für die Suburbanisierung im Umfeld der großen Städte; in gleicher Richtung wirkte und wurde gezielt eingesetzt die Bevorzugung des öffentlichen Personennahverkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr,
- die bevorzugte Förderung der DDR-Hauptstadt Ost-Berlin sowie einiger ausgewählter Städte im Norden und Osten der ehemaligen DDR (z.B. Neubrandenburg, Cottbus) und eine damit verbundene relative und oft auch absolute Vernachlässigung der älteren, traditionellen Industrie- und Städteregionen Sachsens, Thüringens und Sachsen-Anhalts,
- die Entstehung sozialer Spezifika der Städte des östlichen im Vergleich zum westlichen Deutschland, vor allem eine weitaus geringere Segregation und das fast vollständige Fehlen ausländischer, nicht-deutscher Stadtbewohner (mit Ausnahme der mehr als eine halbe Million zählenden sowjetischen Streitkräfte und deren Familienangehörigen, die in keiner Statistik angeführt sind),
- die besonders weitgehende Vernachlässigung der zahlreichen historisch gewachsenen Kleinstädte des östlichen Deutschland, die nicht zu Kreisstädten geworden waren und nur noch schwindende Funktionen als Kleinzentren im ländlichen Raum wahrzunehmen hatten,
- die funktionale und bauliche Konzentration im ländlichen Raum und ländlichen Siedlungsnetz des östlichen Deutschland auf diejenigen Dörfer, die sich als Sitz der großen Landwirtschaftsbetriebe durchgesetzt hatten (LPG, Staatsgüter) und in zunehmendem Maße die bisherige Rolle von Klein- und Landstädten übernahmen: bei gleichzei-

tigem Bedeutungsrückgang der weitaus größeren Anzahl der Dörfer und ländlichen Kleinsiedlungen, in denen infolge der Konzentration der Landwirtschaft keine Produktionsfunktionen verblieben waren (in einer sogenannten "Siedlungskategorie 7" waren diejenigen Kleinsiedlungen zusammengestellt worden, die in der Zukunft aufgegeben werden sollten),

- der seit 1990 in vielen Städten hektisch ablaufende Nachholprozeß der marktwirtschaftlich bedingten Konzentration der Dienstleistungssphäre in den Stadtzentren sowie der in großem Maßstab einsetzende Suburbanisierungsprozeß im Umfeld der großen Städte, der im östlichen im Unterschied zum westlichen Deutschland vorrangig von großen, auf der "grünen Wiese" errichteten Einkaufsmärkten bestimmt wird, die durch ihre oft gigantische Größenordnung eine Gefährdung für den Revitalisierungsprozeß der Innenstädte darstellen.
4. Das Städtenetz des östlichen Deutschland insgesamt ist im Ergebnis der mehr als 40-jährigen DDR-Entwicklung nicht wesentlich verändert worden. Die bereits vorher bestimmte Zweiteilung in den dichtbevölkerten Süden (Sachsen, südliches Sachsen-Anhalt, Thüringen) und das mittlere Norddeutschland (gemäß DDR-Terminologie; Nord- und Mittelbezirke) mit seinen inselhaften Großstadtstandorten (vor allem Berlin) blieb bestehen. Südlich etwa der Linie Magdeburg-Wittenberg-Riesa-Cottbus besteht im östlichen Deutschland ein intern eng verflochtenes Städteagglomerat mit Konzentrationsräumen um Leipzig/Halle, Chemnitz/Zwickau und Dresden, nördlich davon blieb ein dem Christaller'schen Zentralortschema gemäßes Netz der Zentren verschiedener hierarchischer Ebene erhalten. In der Städtehierarchie der DDR konnten anfangs einige Industriestandorte wie Hoyerswerda aufsteigen, für die spätere Städteentwicklung wurde die bevorzugte staatliche Förderung der politisch-administrativen Zentren auf allen hierarchischen Ebenen zunehmend wirksam, d.h. von Ost-Berlin zuungunsten von Leipzig und Dresden, von Suhl zuungunsten von Meiningen usw.

5. Die einzelnen Städte des östlichen Deutschland wiesen in sehr unterschiedlichem Maße die Ergebnisse des mehr als 40-jährigen Überprägung durch die DDR-Epoche auf, so daß es nur unter sehr eingeschränkten Aspekten gerechtfertigt ist, von der typischen Stadt der ehemaligen DDR bzw. des östlichen Deutschland zu sprechen. Auffälligste Charakteristika dieser Städte sind die großen Neubau-Wohnareale an den Stadträndern und der selbst heute noch bedenkliche Zustand der Bausubstanz in dem älteren (d.h. vor 1945 bebauten) Stadtterritorium. Die bei letzterem in den wenigen Jahren seit 1990 erreichten eindrucksvollen baulichen Verbesserungen lassen zunächst häufig die Schädlichkeit der zu DDR-Zeiten vernachlässigten und bisher noch nicht rekonstruierten Bauwerke noch auffälliger zutage treten. Erhebliche Fortschritte verzeichnen die Zentren der größten Städte, z.B. Leipzig. Sowohl im Vergleich von Stadt zu Stadt als auch innerhalb der einzelnen Städte von Stadtviertel zu Stadtviertel entsteht eine zunehmende Polarisierung zwischen den "Aufsteigern" (z.B. Leipzig, Jena) und den leider noch zahlreichen stagnierenden Städten (analog: Stadtvierteln). Von Jahr zu Jahr deutlicher werden Anzeichen einer zunehmenden Wohnsuburbanisierung erkennbar.

Autor:
 Dr. FRANK-DIETER GRIMM,
 Institut für Länderkunde,
 Schongauer Straße 9,
 04329 Leipzig.